Aus In- und Ausland.

Berlin. Zu starken Ausschreitungen kam es in Bernau anläßlich einer Kriegerdenkmaleinweihung. Kommunistische Demonstranten griffen die Kriegervereine an und mißhandelten viele Teilnehmer an der Feier erheblich.

Gotha. Bei den Stadtverordnetenwahlen erhielten die unpolitische Bürgerliste 25 (bisher 16), die Demokraten 3 (7), Mehrheitssozialisten 2 (3), Unabhängige 2, Kommunisten 14 Sitze (zusammen bisher 20).

Warschau. Von den Parteien wurde mit 236 gegen 145 Stimmen der Rektor der Polytechnischen Schule Ponikowski zum Ministerpräsidenten vorgeschlagen. Marschall Pilsudski hat darauf Ponikowski mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt.

Madrid. „Libertad" bringt einen Artikel von Linares über die Stärke der deutschen Regierung und den Sieg der Demokratie. Berlin sei die wenigst militärische und am meisten demokratische Hauptstadt Europas.

Sozialdemokratischer Parteitag.

(Zweiter Tag.) Görlitz, 19. September.

Die Frauenkonferenz schloß mit einer Protestresolution gegen den Beschluß des Reichsrats, die Frauen nicht zum Schöffen- und Geschworenenamt zuzulassen und eine Resolution, die als Gruß an die Frauen und Mütter Oberschlesiens gedacht ist. Angenommen wurde auch ein Appell an die Frauen der ganzen Welt zur Revision des Friedensvertrages, ferner eine Resolution zur Abschaffung der Todesstrafe und ein Antrag gegen indirekte aber für Luxussteuern. Der eigentliche Parteitag wurde Sonntag abend eingeleitet mit einer Begrüßungsveranstaltung in der Stadthalle, die von 2500 Personen gefüllt war. Wels-Berlin und Taubadel-Görlitz führen den Vorsitz. Von bekannten Persönlichkeiten fallen auf der frühere Reichskanzler Hermann Müller, Oberbürgermeister Scheidemann und die ehemaligen Minister Braun, Wissel und Severing, ferner der Reichstagspräsident Loebe und der sächsische Ministerpräsident Buck. Vom Reichspräsidenten Ebert ist ein Begrüßungstelegramm eingegangen. Nach einer Willkommensansprache Taubadels nahm das Wort zu einer großen Rede der

ehemalige Reichskanzler Hermann Müller.

Er kam sofort auf die innerpolitischen Vorgänge der letzten Wochen und betonte, für die deutsche Sozialdemokratie gelte nach wie vor der Satz, daß durch die Demokratie der Weg zum Sozialismus frei gemacht werden müsse. Bis zu diesem Ziel aber ist der Weg noch weit, und vorläufig muß noch schwere Tagesarbeit geleistet werden, um die Republik in Deutschland zu festigen. Scharfe Worte richtete der Redner gegen die nach seiner Meinung hinter dem Mord an Erzberger stehenden Kreise, die er als deutschnationale bezeichnete. Besonders wandte er sich gegen den Führer der Deutschnationalen, Hergt, verlangte Reinigung Bayerns und Schlesiens von reaktionären Elementen und fuhr fort: Nicht durch Ausnahmeverordnungen, sondern nur durch das Gesetz muß der Schutz der Republik befestigt werden. Der Winter wird uns im Reiche und in den Ländern schwere Arbeit machen. Wir müssen wieder

hinein in die preußische Regierung.

Der Winter muß die Arbeiterschaft in ständiger Alarmbereitschaft finden. Müller bezeichnet die Nichtaufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen am Rhein als ein bitteres Unrecht und schließt mit der Ankündigung, daß bei der Erledigung der Steuergesetze die Kreise scharf angefaßt werden sollen, die mit vaterlandslosem Kampf um das goldene Kalb dem Reiche die Devisen wegkaufen.

Über den neuen Programmentwurf

sprach heute der siebzigjährige Molkenbuhr. Früher sei das Programm überwiegend eine Agitationssache gewesen, heute brauche man ein Programm praktischer Verwirklichung. Der erste Entwurf habe das Wort „Klassenkampf" nicht enthalten und deshalb viel Kritik gefunden. Man hat von dem Entwurf gefürchtet, daß er die Einigung der Arbeiter aufhalten könne. Aber der Streit der Arbeiterparteien, der Lassalleaner und der Eisenacher, der Sozialdemokraten und der Unabhängigen hat sich nie um Programmpunkte gedreht. Auch die Unabhängigen haben in ihrem Aktionsprogramm die Krisentheorie und die sogenannte Verelendungstheorie aufgegeben, aber dafür die Erstrebung der Räteherrschaft eingesetzt. Wir bleiben jetzt und für immer auf dem Boden der Demokratie. Aber nichts hindert bei einer späteren Einigung, einzelne Programmsätze anders zu bauen. Aufklärung bedarf das deutsche Proletariat, um zum Ziele zu gelangen. Das neue Programm soll das Panier sein, um das sich die Kämpfer des Sozialismus sammeln, unter dem sie den Sieg erstreiten.

Auf Vorschlag Molkenbuhrs wählte der Parteitag einstimmig eine 9gliedrige Kommission zur Prüfung des Parteiprogramms.

Die Stellung zur Deutschen Volkspartei.

Parteivorstand, die Kontrollkommission und der Partei-Ausschuß legen dem Parteitag zur Frage der Regierungsbildung eine Entschließung vor, in der darauf hingewiesen wird, jede Partei habe die Möglichkeit, entsprechend ihrem Anhang im Volke die Richtlinien der Regierungspolitik zu bestimmen, was am wirksamsten durch Teilnahme an der Regierung geschehen könne. Die Sozialdemokratie als stärkste Partei dürfe nicht warten, bis sie imstande ist, die ganze Regierungsgewalt allein zu übernehmen, sondern sie muß versuchen, auch vorher schon zur Sicherung der demokratisch-republikanischen Staatsform ihre politische Macht in die Wagschale zu werfen.

Die Sozialdemokratie ist bereit, zu diesem Zwecke mit anderen Parteien im Reiche und in den Ländern in der Regierung zusammenzuarbeiten, wenn mit diesen Parteien eine Verständigung über ein Arbeitsprogramm möglich ist, das folgende Grundforderungen enthält: Anerkennung und Verteidigung der Republik, Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes in Reich, Staat und Gemeinde, Politik der Völkerversöhnung, loyale Erfüllung des Friedensdiktats in den Grenzen unserer Leistungsfähigkeit und Aufbringung der dadurch bedingten Lasten in erster Linie durch weitestgehende Heranziehung des Besitzes.

Man ist allgemein der Ansicht, daß diese Entschließung angenommen und dadurch der Weg für den Eintritt der Sozialdemokratie in die preußische Regierung und ein Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei in der Regierung ermöglicht werde.

Den Bericht über die Tätigkeit des Parteivorstandes erstattete Franz Krüger. Er sagte: Die Sozialdemokratie kann sich heute weniger als je eine Politik tönender Reden und bloßer Agitation leisten, sondern wir haben die Pflicht, zu versuchen, die Macht an uns zu reißen, und wenn wir nicht imstande sind, die ganze Macht an uns zu reißen, einen möglichst großen Teil zu gewinnen und jede Machtposition festzuhalten und zu verteidigen. Ein solches Stück wirklicher Macht ist in erster Linie die Republik, in der jeder Staatsbürger die gleichberechtigte Mitbestimmung über die Geschicke des Staates und der Staatsleitung hat. Der Redner prüft die Möglichkeiten des Zusammengehens mit Unabhängigen und Kommunisten und erläutert auch die Anbahnung eines Koalitionverhältnisses, in dem die Deutsche Volkspartei einbezogen ist. Krüger konstatiert ferner, daß die Mitgliederzahl im vorigen Jahre schon eine höhere Ziffer aufzuweisen hatte als jemals zuvor und diese Zahl sei bis jetzt weiter gestiegen.

Die Schlacht bei Angora beendet.

Friede zwischen Frankreich und den Kemalisten.

Der französische Vertreter Franklin Bouillon ist mit dem Wortlaut des französisch-kemalistischen Vertrages nach Angora abgereist. Man erwartet, daß die nationalistische Regierung den Vertrag bald vollziehen wird. Mit Franklin Bouillon sind drei französische Offiziere nach Angora gegangen, die, wie in gewissen türkischen Kreisen gerüchtweise verlautet, die Einzelheiten einer militärischen Konvention zwischen Frankreich und Angora erörtern sollen, deren Bestimmungen aber nicht veröffentlicht werden dürfen.

Flucht der Griechen.

Nachrichten, die in türkischen Kreisen zu Konstantinopel ankamen, berichten, daß die kemalistischen Streitkräfte die Verfolgung des Feindes aufgenommen haben. Der Gegner wurde gezwungen, sich auf das rechte Ufer des Sakaria zurückzuziehen und eine große Menge Kriegsmaterial und Munition im Stiche zu lassen. An einigen Stellen gingen die Türken schwimmend über den Fluß und begannen den Bau von Brücken. Aller Wahrscheinlichkeit nach rückten die Abteilungen des linken griechischen Flügels bis zu den Vorbefestigungen des Arditschberges vor. Es gelang ihnen, der drohenden Umfassung zu entgehen. Sie konnten nach der Südschleife des Sakaria zurückgeführt werden und entgingen dadurch der Gefahr, in die Salzwüste geworfen zu werden. Im Süden gingen Kavallerieabteilungen mit Unterstützung von Infanterie erfolgreich gegen den Rückzug des Feindes vor.

Reuter meldet aus Smyrna: Wegen Verbindungsschwierigkeiten sind die Griechen genötigt, sich auf das westliche Ufer des Sakaria zurückzuziehen. Weitere Kampfhandlungen bei Angora sind unwahrscheinlich.

Fürst Philipp Eulenburg gestorben.

Glück und Ende eines Vielgenannten.

Auf seinem Schlosse Liebenberg in der Mark ist am 17. September Fürst Philipp zu Hertefeld und Eulenburg gestorben. Politisch und gesellschaftlich war er schon längst tot, aber sein Name ist bis in die jüngste Vergangenheit hinein von Zeit zu Zeit immer wieder genannt worden. Einst, in den ersten Jahren der Regierung Wilhelms II. war das anders: damals stand „Phili" Eulenburg, wie ihn die Intimen des Berliner Hofes nannten, des Deutschen Reiches Botschafter in Österreichs Hauptstadt, von der Sonne der kaiserlichen Gunst und Gnade beschienen, „auf der Menschheit Höhen", und es gab in der engeren Umgebung des jungen Monarchen keinen Mann, der mehr bewundert und beneidet worden wäre als der Schloßherr von Liebenberg, der an Geist und Bildung die meisten anderen Herren des kaiserlichen Hoflagers weit überragte und auch als Dichter und Liederkomponist bekannt geworden war.

Und nach all diesem Glück dann plötzlich der jähe Sturz vom Gipfel, ein so abgrundtiefer Fall, wie er seit langem nicht erlebt worden war. Man erinnert sich an den furchtbaren Skandal, der des Fürsten Durchlaucht in das Moabiter Untersuchungsgefängnis und auf die Anklagebank brachte, an diesen tragischen Abschluß einer Diplomatenlaufbahn, die so glänzend begonnen hatte und menschlicher Berechnung nach auch glanzvoll enden zu sollen schien. Maximilian Harden war es, der aus dem Lebensgebäude des Kaisergünstlings das erste Steinchen herausschlug und dadurch den ganzen stolzen Turm ins Wanken brachte. Mit einem Sensatiönchen begann es, mit einem ergreifenden Trauerspiel endete es. In der „Zukunft" war andeutungsweise von einer „Liebenberger Tafelrunde", deren „Ritter" anormalen Neigungen huldigen sollten, die Rede gewesen. Einer der ziemlich genau gekennzeichneten Herren fühlte sich getroffen, es kam zu einem Prozeß, und das Ende vom Lieder war, daß der als Zeuge vernommene Fürst Eulenburg des Meineides bezichtigt und, da sich der Meineidsverdacht immer mehr verdichtete, unter Anklage gestellt wurde. Der Prozeß, der dann begann, die dramatischen Szenen, die sich darin abspielten, Eulenburgs körperlicher und seelischer Zusammenbruch, den viele für nicht wahr hielten, die Unterbrechung des Verfahrens, die zahlreichen ärztlichen Visiten, durch die der nichts und alles ahnende Fürst auf staatsanwaltliches Ersuchen in angemessenen Zeitabständen überrascht wurde und schließlich die Einstellung der ganzen Gerichtsaktion, das alles ist noch zu frisch in aller Gedächtnis, als daß wir näher darauf einzugehen brauchten. Jetzt ist der „Minnesänger" des wilhelminischen Zeitalters zu seinen Vätern versammelt worden, und es ist zu hoffen, daß damit auch das endlose Gerede über seinen „Fall" für immer begraben ist.

Erntestand im Deutschen Reich.

Anfang September.

Der Saatenstand war nach amtlichen Angaben Anfang September (wenn 2 gut 3 mittel bezeichnen) für Hafer 3 (August 1921 3,1 und September 1920 2,8) Kartoffeln 3,4 (3,4 und 2,8), Zuckerrüben 3,4 (3,1 und 2,8), Runkelrüben 3,3 (3,2 und —), Klee 3,9 (3,9 und 2,6). Es ergibt sich also teilweise eine Verschlechterung. Infolge des günstiggen Erntewetters ist das Getreide überall restlos geborgen worden. Die Druschergebnisse befriedigen allgemein. Im Leipziger Bezirk ist durch Überständigkeit des Getreides infolge Landarbeiterstreiks ein nicht geringer Kornausfall zu beklagen. Die wenigen Gewitter waren meist unbedeutend, so daß nur sehr vereinzelt Schaden durch Hagelschlag eintrat. Aus Süddeutschland und Sachsen kommen besonders lebhafte Klagen über Mäuse, die sich dort ausbreiten. Engerlinge machen sich überall recht bemerkbar. Hafer war zu Ende des Berichtsmonats noch nicht völlig geborgen. Infolge der vorherrschenden Trockenheit war er zu einem großen Teil notreif geworden. Sein Stroh- und Körnerertrag wird oft als recht mäßig bezeichnet.

Dem Wachstum der Kartoffeln, Zucker- und Runkelrüben hat der Regen um die Mitte des August noch etwas genützt. Sie haben insgesamt ein frischeres Aussehen bekommen. Bei den Kartoffeln zeigte sich mitunter Zweiwuchs. Für die frühen und mittelfrühen Sorten kamen die Niederschläge zu spät, da das Kraut bereits abgestorben war. Über die Ernteaussichten gehen die Meinungen auseinander. Vielfach wird zwar von reichlichem Anhang, jedoch kleinen Knollen berichtet. Der Stand der alten Kleeschläge war auch im vergangenen Monat schlecht. Die jungen Kleesaaten hat der harte Boden kaum aufkommen lassen. Die Äcker mußten mancherorts umgepflügt werden.

Die Wiesen ergaben überall nur einen schwachen Grummetertrag, der auf den nicht bewässerten Wiesen, soweit diese nicht ganz ausgebrannt waren, besonders geringfügig war. Stellenweise wurden sie infolge zu geringer Grasansätze, die das Abmähen nicht lohnten, abgehütet. Nur aus Süddeutschland lauten die Aussichten auf ein reichliches Herbstfutter besser. Falls keine Nachtfröste oder eine neue Trockenperiode eintreten, hofft man, die geringe Ohmdernte dort noch einigermaßen durch das Herbstfutter ausgleichen zu können.

Schlußdienst.

Drahtnachrichten vom 20. September.

Der Verlauf der bayerischen Krise.

Berlin. Ein Münchener Berichterstatter meldet, der voraussichtliche Verlauf der für die politische Öffentlichkeit bestimmten Verhandlungen mit Kahr werde der sein, daß dieser sich gegenüber der Bayerischen Volkspartei in Beantwortung der an ihn gestellten Frage zur Annahme des Ministerpräsidentenpostens und zur Kabinettsbildung bereiterklären wird, unter der Bedingung, daß die von den Koalitionsparteien beschlossenen Vorschläge für Berlin den von ihm geforderten Zusatz erhalten. Daraufhin werde man von der Übertragung der Kabinettsbildung auf ihn absehen.

Noch keine Einigung in der Sanktionenfrage.

Berlin. Gegenüber einer Meldung des Pariser „Temps" wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, der deutschen Regierung sei nichts bekannt, daß eine Einigung zwischen England und Frankreich in der Frage der Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen erfolgt ist. Es werde unter den Beteiligten weiter darüber verhandelt.

Dr. Heim über die politische Lage.

München. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Heim hat in einer Versammlung des Christlichen Bauernvereins in Tuntenhausen über die politische Lage gesprochen. Gegen den Reichskanzler nahm Dr. Heim stark Stellung. Mit aller Entschiedenheit sprach sich Dr. Heim für eine Politik der Mitte aus und schüttelte alle extremen Elemente, auch die der Rechten, ab.

Untersuchung Erzberger in München abgeschlossen.

München. Die Untersuchung in der Mordsache Erzberger ist vorläufig abgeschlossen worden. Außer den bereits gemeldeten elf Personen wurde niemand mehr verhaftet. Die hier aus Baden weilende Untersuchungskommission hat München verlassen. In Baden sollen nun die Erhebungen fortgesetzt werden. Von den in München festgenommenen elf Personen bleiben fünf weniger belastete Personen in München in Polizeihaft, während die andern sechs Personen, darunter von Killinger, nach Offenburg geschafft werden. Von den Tätern Schulz und Tillessen fehlt jede Spur.

Kein Angestelltenstreik in Frankfurt.

Frankfurt. Der drohende Streik der kaufmännischen und technischen Angestellten, der 35 000 bis 40 000 Personen umfaßte, wird vermieden. Der Demobilmachungskommissar hat den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses für verbindlich erklärt, wodurch der Streik vermieden ist und die Angestellten mit ihren gewünschten Gehalts- und Teuerungszulagen in der Hauptsache durchgedrungen sind.

Überschwemmungsschäden in Frankreich.

Paris. Im Departement Correze überschwemmte nach den gießbachartigen Regenfällen, die einem Orkan am Sonnabend abend begleitet haben, der Correzefluß das ganze Tal und riß alles mit sich fort. Von Mitternacht bis drei Uhr morgens drang das Wasser in das Innere der Stadt Correze ein, überschwemmte die Magazine und verursachte ungeheuren Schaden. In der Rue de Paris stürzten die Häuser ein. Drei Kilometer von Brive ist die steinerne Brücke von Malemort eingestürzt. Am Bahnhof von Aubozine ist der Schaden teilweise bedeutend.

Kerenskis Verhandlungen in Prag.

Prag. Kerenski hat hier mit den Vertretern der russischen Staatsrevolutionäre verhandelt. Die Verhandlungen sollen sich nicht auf die Hilfsaktion für Rußland, sondern auch auf Vorbereitungen für das politische Vorgehen der Sozialrevolutionäre im Falle eines Wechsels im heutigen russischen Regime bezogen haben.

Verschiedene Meldungen.

Madrid. Es wird bekanntgegeben, daß die Spanier in Marokko den Vormarsch angetreten haben. Sie wollen Vorteile errungen haben.

Warschau. In Rom ist zwischen Italien und Polen ein für sechs Monate gültiges vorläufiges Handelsabkommen abgeschlossen worden.

Moskau. Das Kommissariat für den Außenhandel gibt bekannt, daß die Sowjetregierung bisher an Getreide aufgekauft hat: In Deutschland und England 558 000 Pud, in Schweden 1 181 000 Pud, in Lettland 558 000 Pud, in Estland 800 000 Pud und in Litauen 55 000 Pud.

Washington. Die Luftschiffahrtskommission hat den Präsidenten Harding gebeten, wenn möglich in Deutschland über den Ankauf eines Luftschiffes vom Zeppelintyp zu verhandeln.

Landbund und Handwerk.

Der Hannoversche Landbund hat zu der Frage der Mitgliedschaft der Handwerker beim Landbund erneut Stellung genommen. Der Landbund stellt sich hierbei nach wie vor auf den Stadpunkt, daß die Handwerker auf dem Lande mit in erster Linie zu dem Landvolk gehören, dessen Zusammenfassung der Landbund betreibt. In allen Landbünden und mittelbar auch in den Kreiswirtschaftsverbänden gehören beispielsweise Müller, Schmiede, Stellmacher, Bäcker usw. als Mitglied dem Landbunde an. Es würde weder von diesen Mitgliedern noch von den Landwirten verstanden werden, wenn diese enge Gemeinschaft, auf die sie angewiesen sind, nicht auch in der gemeinschaftlichen Mitgliedschaft zum Landbund zum Ausdruck käme. Der Landbund hofft daher, daß auch nach wie vor die Handwerker auf dem Lande Mitglieder des Landbundes bzw. Kreiswirtschaftsverbandes sein werden, unbeschadet des selbstverständlichen Rechts dieser Mitglieder, ihre besonderen Interessen durch eine besondere Organisation wahrzunehmen. Es kann sich daher nicht darum handeln, dieser besonderen Organisation, „dem Handwerkerbund", „ins Gehege zu kommen", wenn die allgemeinen Interessen vertreten werden. Daneben wird sich der Hannoversche Landbund angelegen sein lassen, mit dem Nordwestdeutschen Handwerkerbund, ebenso mit anderen Organisationen, in denen sich Mitglieder des Landbundes noch besonders zusammengefunden haben, in gemeinsamer Arbeit zusammenzuwirken.

Welt- und Volkswirtschaft.

* **Steigerung des Goldankaufspreises.** Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 19. bis 25. d. M. zu einem abermals erhöhten Preise von 450 Mark (bisher 390 Mark) für ein Zwanzigmarkstück und zu 225 Mark (bisher 195 M.) für ein Zehnmarkstück. Für ein Kilogramm Feingold zahlt die Reichsbank 63 000 Mark (bisher 54 000 Mark) und für die ausländischen Münzen entsprechende Preise.

* **Berliner Produktenbörse.** Notierungen im freien Verkehr vom 19. September: Langstroh 19—21, Weizen- und Roggenpreßstroh 17—19, Haferpreßstroh 21—23, Maschinenstroh 16—19, Häcksel 23—25, Wiesenheu 57—60, Feldheu 67—70, Kleeheu 85 bis 87, Wicken 170—175, Peluschken —, Ackerbohnen 160—165, Torfmelasse 70/30 Okt.-Dez. 68—70, Weizenkleemelasse 60/40, Okt.-Jan. 100—113, Biertrebermelasse Okt.-März 115—118, Trebermelasse Okt.-März 115—118 für 50 Kilogramm ab Verladestation.

SLUB
Wir führen Wissen.